

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

20 (24.1.1899) Parlaments-Ausgabe

Ausgabe:  
Wöchentlich zweif. mal.  
Abonnementspreis:  
vierteljährlich  
in Karlsruhe durch  
eine Agentin bezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorabbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Angelgebühren:  
Die 1spaltige Kolo-  
nelle ober deren  
Raum für 20 f. 10  
Inserate 15 Pf., für  
auswärtige In-  
serate 20 Pf., im  
Reklameteil 60 Pf.  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechenden  
Rabatt.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 24. Januar 1899.

Deutscher Reichstag.  
15. Sitzung vom 21. Januar.

Das Haus ist schwach besetzt.  
1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky.  
Eingegangen ist das Bankgesetz.  
Die Beratung des Etats des Reichskamts des Innern wird  
fortgesetzt.

**Herr v. Gortz** (Voll): Ich halte es für selbstverständlich,  
dass die Verhandlungen auf Grund der Gewerbeordnung in  
politischen Gegenden in politischer Sprache publiziert werden müssen.  
Den sozialdemokratischen Bestrebungen stehen wir hiengegenüber  
sympathisch gegenüber. Was sich nicht bewährt hat, muß geändert  
werden. Vor allem sind Änderungen notwendig für das Alters-  
und Invalidengesetz, das bis jetzt in manchen Beziehungen zu  
großen Härten geführt hat.

**Herr Dr. Vichhaber** (Voll): Die national-liberale Partei hat  
durch ihre Vertreter hier sehr schöne Vorfälle geäußert, aber ob sie  
es zu Taten kommen lassen wird, bezweifle ich, denn sie leidet an  
einer schweren Krankheit und die ist das Unfallen. Die  
National-liberalen bleiben doch die Partei der Unternehmern.  
Interessant wäre es mir zu erfahren, was der Staatssekretär des  
Reichskamts im Dienste der Sozialreform zu thun gedenkt,  
denn es giebt keine schwierigere, anstrengendere Tätigkeit, als die  
im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen. Die Bäckerei-  
verordnung z. B. ist immer noch nicht aufgehoben. Ich bezaue,  
dass der Professor Hise sich über diese Frage ausgesprochen hat.  
Präsident Graf Posadowsky: Ich mache den Redner darauf  
aufmerksam, dass es nicht der Sitte des Reichstags entspricht, hier  
Mitglieder desselben bei dem Titel zu nennen, den sie außerhalb  
des Hauses führen.

**Herr Dr. Wemer** (fr. Sp.): Die Rede des Herrn von Hise  
bekundete, dass auch die national-liberale Partei jetzt vielleicht  
mehr als früher geneigt ist, die sozialpolitischen Bestrebungen zu  
fördern. Freilich ein Teil der Mitglieder trennt sich von der  
Partei. Es wäre zu wünschen, dass diese Abspaltung sich auch auf  
anderen Gebieten zeige, wenn ein Abweichen von jener  
Politik erfolgte, wie sie bisher vom Centralverband von jener  
Industrieller gepflegt wurde. Ich hoffe vor allem, dass  
die National-liberalen mit uns geschlossen dafür ein-  
treten werden, dass den Arbeitern die Koalitionsfreiheit erhalten  
bleibt. Da ist uns eine Vorlage in Aussicht gestellt, die euphe-  
mistisch „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ genannt wird.  
Der Kaiser hat in Droybanten eine Rede gehalten, weil —

Präsident Graf Posadowsky: Ich muß den Redner unter-  
brechen: Ich werde keinen Redner hindern, Reden zu halten, die  
Kaiser oder eines der Bundesfürsten hier in den Kreis seiner Ver-  
trachtungen zu ziehen. Jedoch jetzt dieses voraus, dass die Reden dieser  
höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt  
geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich entweder, daß sie  
auf gesetzlich vorgeschriebenem Wege gehen, wie die Kronen-  
reden oder irgend eine andere ähnliche Veranstaltung des Kaisers,  
oder daß sie im „Reichs- und Staatsanzeiger“ ihrem Wortlaut  
nach publiziert sind. Ich glaube, daß die Chronik, die wir  
Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden,  
ebenso aber auch die Würde des Reichstages es verlangt, von einer  
Beilegung solcher Kundgebungen hoher und höchster Personen, wenn  
sie nur durch Zeitungsnachrichten oder auf andere nicht authentische  
Weise veröffentlicht sind, Abstand zu nehmen.

**Herr Dr. Wemer** (fortfahrend): Ich folge gern der Meinung  
des Herrn Präsidenten, erinnere aber an die Bemerkung des Reichs-  
kanzlers, daß nicht in Reiche gehe, wofür er nicht die Verant-  
wortung übernehme; nur weil ich annehme, daß dieses Wort auch  
für die erwählte Kundgebung gilt, habe ich die letztere hier ange-  
führt. (Sehr gut links.) In weiten Kreisen des Volkes hat sich  
gerade in Folge jener Kundgebung die Anschauung Bahn ge-  
nommen, daß ein wichtiges Grundrecht des Arbeiters, die  
Koalitionsfreiheit angefochten werden soll. Meine Freunde  
halten schärfere Strafbestimmungen nicht für notwendig,  
denn eine Verwertung von Ausbrechungen ist in erheblichem Umfange  
nicht schaffbar worden. Das beweisen uns die Berichte der  
Gewerbeinspektoren. Die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung  
und des Strafgesetzbuchs reichen vollkommen aus. Durch neue  
Strafbestimmungen würde man nur die bestehende Kraft erweitern.  
Da die sozialpolitischen Anschauungen des Herrn v. Stumm Bericht  
haben an jener Stelle, wo Gesetze ausgearbeitet werden, so müssen wir  
leider befürchten, daß auch die kommende Vorlage in seinem Sinne  
gefallen wird. Der Arbeiter braucht die Koalitionsfreiheit zum  
Ausgleich für das, was ihm auf anderen Gebieten an Einfluß  
fehlt. Sehr bedauerlich erscheint mir der Widerstand der Regie-  
rung gegen die Berufvereine, deren Bestand für den sozialen  
Frieden nur gewinnbringend werden kann. Wir halten es daher für  
erforderlich, daß hierüber ein sich dem künftigen Gesetzbuch an-  
schließendes Spezialgesetz erlassen wird, das ihre Errichtung erleichtert.  
Gegen den Vorwurf, daß meine Freunde als „Manchesterpartei“  
bezeichnet, brauche ich mich nicht zu wenden, denn auch wir streben  
nach — und unter Programmatik betont das ausdrücklich — die  
wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiters zu verbessern. Wir  
treten für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung ein und  
wünschen darum vor allem, daß die staatlichen Betriebe zu sozialen  
Versicherungswesen und bedauern es lebhaft, daß die Novelle zum  
Arbeitsvertragsgesetz wieder nicht erachtet; wir hoffen, daß die  
Novelle zum Alters- und Invalidengesetz baldigste Verbesserungen  
bringen und sich von einer Begünstigung einzelner Schichten fern-  
halten wird. Die Gewerbeinspektoren wünschen wir nach der Richtung  
abgeschaltet zu haben, daß sie die Funktion von Einigungsämtern  
übernehmen. Im Abgeordnetenhause hat Herr von Miquel gelagt,  
dass nach den Ermittlungen des Handelsministers die Arbeiter-  
ausstände sich im Ansehen im Großen und Ganzen nicht bewährt  
hätten. Ich ziehe daraus den Schluß, als ob man in den  
letzten Jahren in der Beurteilung der Arbeiterausstände  
seit 1890 etwas nachgelassen hat. — Dringend not-  
wendig ist das baldige Erlassen der Novelle zur Seemanns-  
ordnung, und ich richte an den Staatssekretär die Frage, wie weit  
die Beratungen gediehen sind. Weiter wünschen wir eine Aus-  
dehnung der sozialpolitischen Fürsorge auf das plattliche Land;  
namentlich die Wohnungsverhältnisse sind dort der Verbesserung  
dringend bedürftig. Daß das Tempo dieser Arbeiten nicht  
überhastet werden darf, gelehe ich zu; es darf aber auch  
nicht zu langsam sein. Die Warnung vor dem neuen  
Dilettantismus ist gewiß auch berechtigt, allein dieser neue  
Dilettantismus ist gerade bei sehr vielen neueren Gesetzen  
zu Tage getreten: beim Margarinegesetz (Baden rechts),  
beim Börsengesetz, bei der Vereinsgesetzgebung und auf anderen  
Gebieten, und es sieht zu befechten, daß die Vorlage  
zum Schutze der Arbeitswilligen auch ein Produkt dieses  
neueren Dilettantismus werden wird. (Zustimmung links.)  
Wir wollen gleiches Recht für alle. Der Abg. Hebel hat ganz  
recht, wenn er sagt: Wir leben ja nur von Ihren Fehlern. Die  
Fehler der gegenwärtigen Gesetzgebung sind der Hauptgrund für  
das Wachsen der Sozialdemokratie. Die Frage der freirechtlichen  
Gesamtheit im Reich läßt vieles zu wünschen übrig. Und auch in  
der Reichsfrage sind durch den stehenden Gerichtsstand der Presse,  
durch den dolus eventualis und andere Dinge Gründe zur Reichs-  
verdröbnheit gegeben. Sorgen Sie in der Zukunft auch hier für  
eine wirksame Besserung unserer Zustände. (Beifall links.)

**Herr v. Gortz** (fr. Sp.): Ich halte es für selbstverständlich,  
dass die Verhandlungen auf Grund der Gewerbeordnung in  
politischen Gegenden in politischer Sprache publiziert werden müssen.  
Den sozialdemokratischen Bestrebungen stehen wir hiengegenüber  
sympathisch gegenüber. Was sich nicht bewährt hat, muß geändert  
werden. Vor allem sind Änderungen notwendig für das Alters-  
und Invalidengesetz, das bis jetzt in manchen Beziehungen zu  
großen Härten geführt hat.

**Herr Dr. Vichhaber** (Voll): Die national-liberale Partei hat  
durch ihre Vertreter hier sehr schöne Vorfälle geäußert, aber ob sie  
es zu Taten kommen lassen wird, bezweifle ich, denn sie leidet an  
einer schweren Krankheit und die ist das Unfallen. Die  
National-liberalen bleiben doch die Partei der Unternehmern.  
Interessant wäre es mir zu erfahren, was der Staatssekretär des  
Reichskamts im Dienste der Sozialreform zu thun gedenkt,  
denn es giebt keine schwierigere, anstrengendere Tätigkeit, als die  
im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen. Die Bäckerei-  
verordnung z. B. ist immer noch nicht aufgehoben. Ich bezaue,  
dass der Professor Hise sich über diese Frage ausgesprochen hat.  
Präsident Graf Posadowsky: Ich mache den Redner darauf  
aufmerksam, dass es nicht der Sitte des Reichstags entspricht, hier  
Mitglieder desselben bei dem Titel zu nennen, den sie außerhalb  
des Hauses führen.

**Herr Dr. Wemer** (fr. Sp.): Die Rede des Herrn von Hise  
bekundete, dass auch die national-liberale Partei jetzt vielleicht  
mehr als früher geneigt ist, die sozialpolitischen Bestrebungen zu  
fördern. Freilich ein Teil der Mitglieder trennt sich von der  
Partei. Es wäre zu wünschen, dass diese Abspaltung sich auch auf  
anderen Gebieten zeige, wenn ein Abweichen von jener  
Politik erfolgte, wie sie bisher vom Centralverband von jener  
Industrieller gepflegt wurde. Ich hoffe vor allem, dass  
die National-liberalen mit uns geschlossen dafür ein-  
treten werden, dass den Arbeitern die Koalitionsfreiheit erhalten  
bleibt. Da ist uns eine Vorlage in Aussicht gestellt, die euphe-  
mistisch „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ genannt wird.  
Der Kaiser hat in Droybanten eine Rede gehalten, weil —

Präsident Graf Posadowsky: Ich muß den Redner unter-  
brechen: Ich werde keinen Redner hindern, Reden zu halten, die  
Kaiser oder eines der Bundesfürsten hier in den Kreis seiner Ver-  
trachtungen zu ziehen. Jedoch jetzt dieses voraus, dass die Reden dieser  
höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt  
geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich entweder, daß sie  
auf gesetzlich vorgeschriebenem Wege gehen, wie die Kronen-  
reden oder irgend eine andere ähnliche Veranstaltung des Kaisers,  
oder daß sie im „Reichs- und Staatsanzeiger“ ihrem Wortlaut  
nach publiziert sind. Ich glaube, daß die Chronik, die wir  
Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden,  
ebenso aber auch die Würde des Reichstages es verlangt, von einer  
Beilegung solcher Kundgebungen hoher und höchster Personen, wenn  
sie nur durch Zeitungsnachrichten oder auf andere nicht authentische  
Weise veröffentlicht sind, Abstand zu nehmen.

**Herr Dr. Wemer** (fortfahrend): Ich folge gern der Meinung  
des Herrn Präsidenten, erinnere aber an die Bemerkung des Reichs-  
kanzlers, daß nicht in Reiche gehe, wofür er nicht die Verant-  
wortung übernehme; nur weil ich annehme, daß dieses Wort auch  
für die erwählte Kundgebung gilt, habe ich die letztere hier ange-  
führt. (Sehr gut links.) In weiten Kreisen des Volkes hat sich  
gerade in Folge jener Kundgebung die Anschauung Bahn ge-  
nommen, daß ein wichtiges Grundrecht des Arbeiters, die  
Koalitionsfreiheit angefochten werden soll. Meine Freunde  
halten schärfere Strafbestimmungen nicht für notwendig,  
denn eine Verwertung von Ausbrechungen ist in erheblichem Umfange  
nicht schaffbar worden. Das beweisen uns die Berichte der  
Gewerbeinspektoren. Die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung  
und des Strafgesetzbuchs reichen vollkommen aus. Durch neue  
Strafbestimmungen würde man nur die bestehende Kraft erweitern.  
Da die sozialpolitischen Anschauungen des Herrn v. Stumm Bericht  
haben an jener Stelle, wo Gesetze ausgearbeitet werden, so müssen wir  
leider befürchten, daß auch die kommende Vorlage in seinem Sinne  
gefallen wird. Der Arbeiter braucht die Koalitionsfreiheit zum  
Ausgleich für das, was ihm auf anderen Gebieten an Einfluß  
fehlt. Sehr bedauerlich erscheint mir der Widerstand der Regie-  
rung gegen die Berufvereine, deren Bestand für den sozialen  
Frieden nur gewinnbringend werden kann. Wir halten es daher für  
erforderlich, daß hierüber ein sich dem künftigen Gesetzbuch an-  
schließendes Spezialgesetz erlassen wird, das ihre Errichtung erleichtert.  
Gegen den Vorwurf, daß meine Freunde als „Manchesterpartei“  
bezeichnet, brauche ich mich nicht zu wenden, denn auch wir streben  
nach — und unter Programmatik betont das ausdrücklich — die  
wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiters zu verbessern. Wir  
treten für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung ein und  
wünschen darum vor allem, daß die staatlichen Betriebe zu sozialen  
Versicherungswesen und bedauern es lebhaft, daß die Novelle zum  
Arbeitsvertragsgesetz wieder nicht erachtet; wir hoffen, daß die  
Novelle zum Alters- und Invalidengesetz baldigste Verbesserungen  
bringen und sich von einer Begünstigung einzelner Schichten fern-  
halten wird. Die Gewerbeinspektoren wünschen wir nach der Richtung  
abgeschaltet zu haben, daß sie die Funktion von Einigungsämtern  
übernehmen. Im Abgeordnetenhause hat Herr von Miquel gelagt,  
dass nach den Ermittlungen des Handelsministers die Arbeiter-  
ausstände sich im Ansehen im Großen und Ganzen nicht bewährt  
hätten. Ich ziehe daraus den Schluß, als ob man in den  
letzten Jahren in der Beurteilung der Arbeiterausstände  
seit 1890 etwas nachgelassen hat. — Dringend not-  
wendig ist das baldige Erlassen der Novelle zur Seemanns-  
ordnung, und ich richte an den Staatssekretär die Frage, wie weit  
die Beratungen gediehen sind. Weiter wünschen wir eine Aus-  
dehnung der sozialpolitischen Fürsorge auf das plattliche Land;  
namentlich die Wohnungsverhältnisse sind dort der Verbesserung  
dringend bedürftig. Daß das Tempo dieser Arbeiten nicht  
überhastet werden darf, gelehe ich zu; es darf aber auch  
nicht zu langsam sein. Die Warnung vor dem neuen  
Dilettantismus ist gewiß auch berechtigt, allein dieser neue  
Dilettantismus ist gerade bei sehr vielen neueren Gesetzen  
zu Tage getreten: beim Margarinegesetz (Baden rechts),  
beim Börsengesetz, bei der Vereinsgesetzgebung und auf anderen  
Gebieten, und es sieht zu befechten, daß die Vorlage  
zum Schutze der Arbeitswilligen auch ein Produkt dieses  
neueren Dilettantismus werden wird. (Zustimmung links.)  
Wir wollen gleiches Recht für alle. Der Abg. Hebel hat ganz  
recht, wenn er sagt: Wir leben ja nur von Ihren Fehlern. Die  
Fehler der gegenwärtigen Gesetzgebung sind der Hauptgrund für  
das Wachsen der Sozialdemokratie. Die Frage der freirechtlichen  
Gesamtheit im Reich läßt vieles zu wünschen übrig. Und auch in  
der Reichsfrage sind durch den stehenden Gerichtsstand der Presse,  
durch den dolus eventualis und andere Dinge Gründe zur Reichs-  
verdröbnheit gegeben. Sorgen Sie in der Zukunft auch hier für  
eine wirksame Besserung unserer Zustände. (Beifall links.)

**Herr v. Gortz** (fr. Sp.): Ich halte es für selbstverständlich,  
dass die Verhandlungen auf Grund der Gewerbeordnung in  
politischen Gegenden in politischer Sprache publiziert werden müssen.  
Den sozialdemokratischen Bestrebungen stehen wir hiengegenüber  
sympathisch gegenüber. Was sich nicht bewährt hat, muß geändert  
werden. Vor allem sind Änderungen notwendig für das Alters-  
und Invalidengesetz, das bis jetzt in manchen Beziehungen zu  
großen Härten geführt hat.

**Herr Dr. Vichhaber** (Voll): Die national-liberale Partei hat  
durch ihre Vertreter hier sehr schöne Vorfälle geäußert, aber ob sie  
es zu Taten kommen lassen wird, bezweifle ich, denn sie leidet an  
einer schweren Krankheit und die ist das Unfallen. Die  
National-liberalen bleiben doch die Partei der Unternehmern.  
Interessant wäre es mir zu erfahren, was der Staatssekretär des  
Reichskamts im Dienste der Sozialreform zu thun gedenkt,  
denn es giebt keine schwierigere, anstrengendere Tätigkeit, als die  
im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen. Die Bäckerei-  
verordnung z. B. ist immer noch nicht aufgehoben. Ich bezaue,  
dass der Professor Hise sich über diese Frage ausgesprochen hat.  
Präsident Graf Posadowsky: Ich mache den Redner darauf  
aufmerksam, dass es nicht der Sitte des Reichstags entspricht, hier  
Mitglieder desselben bei dem Titel zu nennen, den sie außerhalb  
des Hauses führen.

Provinzialratkollegium den Damen die Aufsicht, wo sie  
das Examen ablegen sollen. Trotzdem wird das Examen  
von den Damen zumeist mit gutem Erfolg gemacht.  
Es ist erstaunlich, in welcher kurzen Zeit die Damen das Gymnasial-  
examen in unseren Kurzen bewältigen. Wenn der Staat diesen  
Damen die Möglichkeit gewährt, vor einer staatlichen Kommission  
die Prüfung abzulegen, dann muß der Staat auch die Konsequenzen  
ziehen und darf ihnen nicht den Zugang zu den Universitäten er-  
schweren. Es wird den Frauen z. B. nicht gestattet, eine  
Vorlesung zu hören, wenn sie nicht die besondere Er-  
laubnis des betreffenden Dozenten haben. Ich meine: Was  
den Dozenten nicht gestattet, die sich meldenden Damen von Pontius  
zu Pilatus zu schicken. Bezüglich der Immatrikulation gehe ich zu,  
dass man nicht auf einmal vorgehen soll, eher va piano va sano.  
Nichts kann uns mehrwilligen Förderern dieser Bestrebungen  
schrecklicher sein, als daß es sich hier um eine gewisse  
Emanzipationsucht der Damen handle. Mein es handelt  
sich nur um besonders befähigte Damen, die durch ihre Kennt-  
nisse in die Lage kommen wollen, sich ein neues Feld  
der Tätigkeit zu erschließen. In Rußland sind den studierenden  
Frauen durch einen Akt des Zaren die Rechte für den Eintritt  
in den Staatsdienst verliehen worden. In England und Frank-  
reich finden diese Bestrebungen gleichfalls in weitesten Kreisen leb-  
haften Anklang. Es handelt sich dabei nicht lediglich um die  
Erleichterung des ärztlichen Berufes für die Frauen, sondern um  
das Studium überhaupt, vor allem auch darum, tüchtige Ober-  
lehrerinnen zu gewinnen. Ich bitte die Regierung daher, unsere  
Bestrebungen eine fortdauernde wohlwollende Förderung zu Theil  
werden zu lassen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Der gestern erhobene  
Vorwurf, daß seitens der Postverwaltung Frauen in einer sozialpolitisch  
unbefähigten Weise beschäftigt würden, ist unzutreffend. Es sind  
jetzt 4600 Frauen bei der Post tätig. Es mag ja vorkommen,  
dass die Herren mancher Damen für die Tätigkeit am Telefon nicht  
ausreichen; aber dergleichen Fälle sind selten. Von den in den letzten  
Jahren Angestellten sind nun 25 Prozent ausgeschieden und von  
Anfang, das sie sich verheiratet haben. Da nicht alle Frauen  
betraut werden können, so meine ich, thut die Postverwaltung  
sehr wohl daran, ihnen ein neues Erwerbefeld zu eröffnen.  
Was die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf betrifft, so ist  
hienach in der Revision der medizinischen Prüfungen bereits Mit-  
achtung genommen. Es sollen danach die Frauen zum ärztlichen  
Examen zugelassen werden, auch wenn sie die Vorbildung erworben  
haben auf den Universitäten ohne immatrikuliert gewesen zu sein,  
wenn das Fehlen der Immatrikulation lediglich aus formellen  
Gründen erklärt werden kann. Bezüglich der Seemannsordnung  
kann ich erwidern, daß in der technischen Kommission für Schiff-  
fahrt ein Entwurf ausgearbeitet worden und den Interessenten  
vorgelegt worden ist. Dazu hat man nach Anhörung der Wünsche  
einer neuen Entwurf im Reichskamts des Innern fertig gestellt. Die  
neue Seemannsordnung würde, wenn der Reichstag nicht abgelehnt  
wird, Arbeit schwer belohnt wäre, noch in dieser Session vorgelegt  
werden. So aber denke ich, lassen wir es bis zur nächsten Session.  
Über die Wirkung der Bäckereiverordnung ist bei allen ver-  
ständlichen Regierungen eine Umfrage veranstaltet worden, die An-  
wort ist aber noch nicht von allen Seiten erfolgt. Deshalb bin  
ich nicht in der Lage, auch nur andeutungsweise hier etwas zu er-  
klären. Viele Interessenten scheinen jetzt der Meinung hinzugehen,  
dass die Einführung einer Minimalarbeitszeit eine weniger große  
Heilungswirkung bieten würde, als die Maximalarbeitszeit. Wie  
die kaiserlichen Erlasse zu interpretieren sind, will ich nicht  
unteruchen. Ich glaube, daß der authentische Interpret der Träger  
der Krone selbst ist. Es ist auch nicht meine Sache und widerspricht  
der Gesplogenheit der Regierung, in eine Debatte darüber ein-  
zutreten, warum ein Minister von seinem Amte zurückgetreten ist; ich  
kann aber nicht die Deutung zulassen, daß irgend welche  
Differenzen stattgefunden hätten, aus dem Grunde, weil die  
kaiserlichen Erlasse nicht weiter angeführt werden sollten.  
In der Ansicht der „sozialen Praxis“, die Maßnahmen der Regierung  
hätten es verhindert, daß die Sozialdemokratie noch keine soziale  
Reformpartei geworden, wird gewiß selbst von den Sozialdemokraten  
bestritten werden. Von einer Reichsverdröbnheit zu reden, ist un-  
logisch. Die Einigung der deutschen Stämme zu einem Reich findet  
doch im Grunde den Beifall jedes Deutschen, aber man hat vielfach  
die Omnipotenz des Staates übersehen, in Folge dessen Ent-  
scheidungen nicht ausbleiben konnten. Der richtige Name für dieses  
Gefühl wäre „Staatsverdröbnheit“ und es wird mit der zu-  
nehmenden politischen Bildung und Reife verschwinden. (Beifall.)

**Herr v. Stumm** (fr. Sp.): Ich bitte den Herrn Staatssekretär  
und bemerke, er sei nach wie vor mit Herrn Minister v. Posadowsky  
befreundet, obwohl allerdings ihre Ansichten über Sozialpolitik aus-  
einandergehen. Die kaiserlichen Erlasse bleiben nach wie vor die  
Grundlage aller Sozialpolitik und bedürften eigentlich keiner Inter-  
pretation. Redner bemerkt sodann: Er habe sehr bedauert,  
dass der Abg. Posadowsky hier in der Erklärung einen Standpunkt  
eingenommen habe, der mit der historischen Haltung der national-  
liberalen Partei kaum in Einklang zu bringen sei. Er sei daher  
angenehm berührt gewesen darüber, daß die Abg. Hise und  
Wallerstein sich zu demselben Standpunkte besser entspreche. Darum habe  
er wieder um so mehr bedauert, daß Herr v. Hise gestern Namens  
seiner Partei die Herren desavouiert habe. Herr v. Stumm verliest  
einen Brief des Herrn Weller über seine Entlassung, in dem von  
der Verdröbnung aus dem Amt gesprochen wird.

**Herr v. Stumm** (fr. Sp.): Ich bitte den Herrn Staatssekretär  
und bemerke, er sei nach wie vor mit Herrn Minister v. Posadowsky  
befreundet, obwohl allerdings ihre Ansichten über Sozialpolitik aus-  
einandergehen. Die kaiserlichen Erlasse bleiben nach wie vor die  
Grundlage aller Sozialpolitik und bedürften eigentlich keiner Inter-  
pretation. Redner bemerkt sodann: Er habe sehr bedauert,  
dass der Abg. Posadowsky hier in der Erklärung einen Standpunkt  
eingenommen habe, der mit der historischen Haltung der national-  
liberalen Partei kaum in Einklang zu bringen sei. Er sei daher  
angenehm berührt gewesen darüber, daß die Abg. Hise und  
Wallerstein sich zu demselben Standpunkte besser entspreche. Darum habe  
er wieder um so mehr bedauert, daß Herr v. Hise gestern Namens  
seiner Partei die Herren desavouiert habe. Herr v. Stumm verliest  
einen Brief des Herrn Weller über seine Entlassung, in dem von  
der Verdröbnung aus dem Amt gesprochen wird.

**Herr v. Gortz** (fr. Sp.): Ich halte es für selbstverständlich,  
dass die Verhandlungen auf Grund der Gewerbeordnung in  
politischen Gegenden in politischer Sprache publiziert werden müssen.  
Den sozialdemokratischen Bestrebungen stehen wir hiengegenüber  
sympathisch gegenüber. Was sich nicht bewährt hat, muß geändert  
werden. Vor allem sind Änderungen notwendig für das Alters-  
und Invalidengesetz, das bis jetzt in manchen Beziehungen zu  
großen Härten geführt hat.

**Herr Dr. Vichhaber** (Voll): Die national-liberale Partei hat  
durch ihre Vertreter hier sehr schöne Vorfälle geäußert, aber ob sie  
es zu Taten kommen lassen wird, bezweifle ich, denn sie leidet an  
einer schweren Krankheit und die ist das Unfallen. Die  
National-liberalen bleiben doch die Partei der Unternehmern.  
Interessant wäre es mir zu erfahren, was der Staatssekretär des  
Reichskamts im Dienste der Sozialreform zu thun gedenkt,  
denn es giebt keine schwierigere, anstrengendere Tätigkeit, als die  
im Post-, Telegraphen- und Telephonwesen. Die Bäckerei-  
verordnung z. B. ist immer noch nicht aufgehoben. Ich bezaue,  
dass der Professor Hise sich über diese Frage ausgesprochen hat.  
Präsident Graf Posadowsky: Ich mache den Redner darauf  
aufmerksam, dass es nicht der Sitte des Reichstags entspricht, hier  
Mitglieder desselben bei dem Titel zu nennen, den sie außerhalb  
des Hauses führen.

**Herr Dr. Wemer** (fr. Sp.): Die Rede des Herrn von Hise  
bekundete, dass auch die national-liberale Partei jetzt vielleicht  
mehr als früher geneigt ist, die sozialpolitischen Bestrebungen zu  
fördern. Freilich ein Teil der Mitglieder trennt sich von der  
Partei. Es wäre zu wünschen, dass diese Abspaltung sich auch auf  
anderen Gebieten zeige, wenn ein Abweichen von jener  
Politik erfolgte, wie sie bisher vom Centralverband von jener  
Industrieller gepflegt wurde. Ich hoffe vor allem, dass  
die National-liberalen mit uns geschlossen dafür ein-  
treten werden, dass den Arbeitern die Koalitionsfreiheit erhalten  
bleibt. Da ist uns eine Vorlage in Aussicht gestellt, die euphe-  
mistisch „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen“ genannt wird.  
Der Kaiser hat in Droybanten eine Rede gehalten, weil —

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß  
in Karlsruhe.

